

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Jahresrundschau

[urn:nbn:de:bsz:31-337736](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-337736)



Jahresrundschau



Wenn die Sonne am höchsten steht und die Julihitze mit ihren glühenden Strahlen unbarmherzig auf das Schieferdach des Bauernvereinshauses in Freiburg brennt, dann ist es höchste Zeit für den Kalenderonkel, pflichtschuldig seine Jahresrundschau zu schreiben. So langwierig diese Arbeit auf der einen Seite ist, so interessant ist sie auf der andern, denn wir Augenblicksmenschen, die wir nun schon 10 Jahre lang von den sich überstürzenden Ereignissen geradezu gehegt werden, haben zumeist jeden Zusammenhang mit der bösen Vergangenheit verloren und kümmern uns um sie oft ebensowenig, wie wir uns große Pläne für die Zukunft machen. Den meisten von uns ist das Planemachen in den letzten Jahren vergangen. Vor lauter Strichen hat man schließlich den Plan nicht mehr gesehen. Nun ist es ja nicht Sache des Kalenderonkels, Luftschlösser zu bauen, sondern er soll an Hand des Geschehenen seinen Lesern eine Darstellung der Entwicklung der politischen und sonstigen Ereignisse der jüngsten Vergangenheit vermitteln, die geeignet ist, die Erinnerung an unser eigenes Erleben wieder wachzurufen. Das war in den letzten Jahren kein leichtes, mußten doch immer wieder alte Wunden aufgerissen werden, die besser vernarbt wären. Heuer ist es dem Kalenderonkel bei seiner Rundschau wohlter ums Herz, haben wir doch das Morgenrot einer besseren Zeit sehen dürfen, einer Zeit, die zwar noch fern sein mag, die aber die finsternen Mächte der Gewalt mehr und mehr verdrängen wird. Wenn der Kalenderonkel im letzten Jahr seinen Lesern und Leserrinnen geraten hat, sich keine große Hoffnung für die nächste Zukunft zu machen, so hat er damit wohl recht getan, denn es ist immerhin in mancher Beziehung besser gekommen, als wir es erwartet haben. Allerdings sind die wirtschaftlichen Verhältnisse, z. B. des Bauernstandes, gegenüber 1924 nicht besser, sondern eher noch schlechter geworden, so daß unsere Regierungen im vergangenen Jahr wiederholt Hilfsaktionen für die Landwirtschaft einleiten mußten, um das Schlimmste von ihr abzuwenden. Wenn also hier von einer Besserung die Rede ist, so sind damit immer die politischen Verhältnisse gemeint. Das weiß übrigens jeder von uns ganz genau. Das beste Barometer ist in dieser Beziehung unser eigener Geldbeutel, der mit Renten- und Reichsmark zwar wieder zu Ehren gekommen ist, sich inhaltlich aber kaum verändert hat. Meistens ist er leer, wenn man einmal hineinschauen muß. Man könnte sich ärgern darüber, wenn man nicht wüßte, daß es allen andern genau so geht. Weil aber geteilter Schmerz nur halber Schmerz sein soll, trösten wir uns mit dem Gedanken, daß es früher einmal noch schlimmer bestellt war.

Wenden wir uns nunmehr den politischen Geschehnissen zu. Da steht am Eingang des Berichtsjahres, im Sommer 1924, jene denkwürdige Konferenz der Staatsmänner in London, die berufen waren, den Friedensplan des Dawes-Komitees, der eine Beilegung der Sanktionspolitik durch wirt-

schaftliche Abmachungen erstrebte, in die Tat umzusetzen. Die alliierten Staatsmänner saßen damals in London beisammen, um sich zunächst darüber zu einigen, wie sie am besten gemeinsam mit Deutschland verhandeln wollten. Als sie soweit waren, wurde auch Deutschland eingeladen, das sich durch den Reichskanzler Dr. Marx, den Reichsaußenminister Dr. Stresemann und den Finanzminister Dr. Luther vertreten ließ. Die Verhandlungen waren überaus schwierig, denn die Franzosen, die erst kurz vorher eine Linkregierung gewählt hatten, waren doch noch zu sehr im Banne Poincaréscher Gewaltpolitik, so daß es großer Anstrengungen aller übrigen bedurfte, um sie zur stückweisen Aufgabe ihrer Pfänder und ihres Widerstandes zu bewegen. Am wirksamsten war das Auftreten der amerikanischen Banliers, die den unersättlichen Franzosen mehr wie einmal mit dem Dreschflegel winken mußten, ehe sie sich zu einer Verständigung herbeiließen. Sie ging allerdings auf Kosten des Ruhrgebiets, denn die Franzosen hatten sich für ihr Zugeständnis ausbedungen, daß sie dieses noch ein Jahr militärisch besetzt halten dürfen. Die deutsche Delegation kämpfte zwar heldenmütig gegen dieses Ansinnen, aber sie mußte schließlich nachgeben, wollte sie nicht das Ergebnis der ganzen Konferenz gefährden.

In den Londoner Abmachungen wurde unter anderem festgelegt, daß die wirtschaftlichen und staatlichen Hoheitsrechte in den besetzten Gebieten wieder ganz in die Hände Deutschlands gelegt werden, daß die militärische Räumung des Ruhrgebiets innerhalb eines Jahres zu erfolgen hat, daß aber ein Teil der widerrechtlich besetzten Gebiete schon vorher geräumt werden soll, daß die steuerliche und wirtschaftliche Einheit Deutschlands bis 15. Oktober 1924 wieder hergestellt sein soll, daß bis zum gleichen Zeitpunkt die deutsche Verwaltungshoheit und die Rechte der Wirtschaft im besetzten Gebiet wieder in Kraft treten, daß die Regiebahnen wieder in den Besitz Deutschlands übergeben, daß Streitigkeiten über die Durchführung des Abkommens durch ein internationales Schiedsgericht entschieden werden sollen, daß nur noch bei vorsätzlichem Verschulden Deutschlands Sanktionen (Strafmaßnahmen) angewendet werden dürfen, daß alle politischen Gefangenen aus den Gefängnissen entlassen und die schwebenden Verfahren niedergeschlagen werden, daß die Ausgewiesenen wieder zurückkehren können, daß die deutschen Verwaltungsbehörden wieder ungehindert ihres Amtes walten dürfen, daß die Zolllinie um das besetzte Gebiet aufgehoben wird und daß die Zolls- und Domänenverwaltung wieder in deutsche Hände übergeht.

Wenn man auch die im Dawes-Plan festgelegten Zahlungsverpflichtungen mit ernster Sorge betrachtete, gegenüber solchen Zugeständnissen vermochten die Mitglieder der deutschen Abordnung die Verantwortung für die Ablehnung nicht zu übernehmen. Für Deutschland war die Londoner Tagung

schon deswegen von entscheidender Bedeutung, weil es zum erstenmal seit dem Krieg mit seinen Gegnern als gleichberechtigter Partner am Verhandlungstisch saß. Sogar der englische Ministerpräsident betonte am Schluß der Konferenz in einer offiziellen Ansprache, daß das Londoner Abkommen eigentlich der erste Friedensvertrag nach dem Krieg sei und daß die Vereinbarungen eine neue friedliche Ära in den Beziehungen der Länder Europas untereinander einleiten würden. Im Deutschen Reichstag gab es wegen der Annahme der durch das Abkommen notwendig gewordenen Gesetze, von denen das Eisenbahngesetz zur Annahme eine Zweidrittelmehrheit erforderte, zunächst noch heftige Auseinandersetzungen. Da die Regierung mit der Auflösung des Reichstags drohte, die Fraktionsparteien aber die Gesetze ablehnten, war die Lage äußerst kritisch. Das Rätsel wurde schließlich dadurch gelöst, daß bei der Abstimmung über das verfassungsändernde Eisenbahngesetz etwa die Hälfte der deutschnationalen Abgeordneten ebenfalls dafür stimmte, so daß die Zweidrittelmehrheit zustande kam. Dafür ließen sich die Deutschnationalen von der Deutschen Volkspartei das Versprechen geben, daß diese sich u. a. für die Schaffung eines sog. bürgerlichen Blocks einsetzen will. Das Londoner Abkommen ist am 30. August durch die diplomatischen Vertreter der an ihm beteiligten Regierungen unterzeichnet worden. Die Reparationskommission nahm alsbald davon Notiz und erklärte, daß die vorgegebenen Fristen am 1. September 1924 zu laufen begonnen hätten.

Den ersten Erfolg von den Londoner Abmachungen hatte unsere badische Heimat, denn bereits am 18. August zogen die Franzosen lang- und kluglos von Offenburg ab. Die Stadt veranstaltete aus Freude über die Befreiung von der Fremdherrschaft ein großes Festbankett. Auch die übrigen besetzten Punkte unseres Landes, so das Schloß in Mannheim und die Hafenanlagen von Karlsruhe und Mannheim, wurden mit der Zeit geräumt. Die Zollgrenze war gefallen, die Gefangenen und die Ausgewiesenen kehrten wieder heim, der Paßzwang wurde aufgehoben. Das ging bei uns alles schneller als im Ruhrgebiet, das erst am 31. Juli 1925 restlos geräumt war. Auch die im Dawes-Abkommen vorgesehene 800-Millionenleihe, die die erste größere Erleichterung auf dem deutschen Kreditmarkt bringen sollte, wurde glatt untergebracht, ja sogar in jedem Zeichnungsland mehrfach überzeichnet.

Unterdessen bemühte sich der Reichskanzler Dr. Marx auf der Grundlage der Volksgemeinschaft eine Regierung von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten zusammenzubringen. In den Richtlinien, die er dafür ausgab, war das Bekenntnis zur gegenwärtigen Staatsform und zur Weimarer Verfassung, die Zustimmung zum Londoner Abkommen und zur Durchführung der entsprechenden Gesetze, sowie eine Reihe innerpolitischer Ziele aufgegeben worden. Die Deutschnationalen waren gegen diesen Plan und wollten nur eine Zusammenfassung aller auf christlichem, nationalem und sozialem Boden stehenden Volkskräfte. Damit war den Sozialdemokraten der Eintritt in die Koalition verweigert und da die Demokraten von einer sog. bürgerlichen Regierung nichts wissen wollten, beantragte Dr. Marx beim Reichspräsidenten die Auf-

lösung des Reichstags. Reichspräsident Ebert gab diesem Ersuchen statt. Die Trauer darüber war nicht groß, denn die durch die unklaren Mehrheitsverhältnisse ermöglichte fortwährende Krisenpielerei in Berlin beunruhigte Politik und Wirtschaft. Die Regierung blieb am Ruder bis zur Neuwahl, die am 7. Dezember 1924 stattfand.

Die Wahl zum neuen Reichstag hatte folgendes Ergebnis: Sozialdemokraten 131 Abgeordnete (früher 100), Deutschnationale 103 (96), Zentrum 69 (65), Deutsche Volkspartei 51 (44), Kommunisten 45 (62), Demokraten 32 (28), Bayerische Volkspartei 19 (16), Wirtschaftliche Vereinigung und Bauernbund 17 (10), Nationalsozialistische Freiheitspartei 14 (32), Landbund 8 (10) und Welsken 4 (5). Die Deutschnationalen, die ehemals über 4 Sitze verfügten, gingen leer aus. Der neue Reichstag zählte 493 Abgeordnete, also 21 mehr wie sein Vorgänger. Die Mehrheitsverhältnisse waren durch die Neuwahl indessen nicht klarer geworden, und während in den besetzten Gebieten der Abbau der Regieverwaltung vorstatten ging, gab's in Berlin wieder eine der satfam bekannten Regierungskrisen, denn das alte Kabinett Marx war nach der Wahl zurückgetreten, und der mit der Regierungsbildung neuerdings beauftragte Reichskanzler war nicht dazu zu bewegen, gemäß den Wünschen der Deutschen Volkspartei eine Regierung der bürgerlichen Parteien zu bilden. Es verfloßen 1 1/2 Monate, bis es dem inzwischen zum Reichskanzler ernannten Reichsfinanzminister Dr. Luther unter Überwindung vieler Schwierigkeiten endlich gelang, ein Reichskabinett zusammenzubringen. Das Zentrum war darin nur durch zwei sog. Verbindungsleute vertreten, während die Mehrzahl der Minister den beiden Rechtsparteien angehörte. Es setzte sich wie folgt zusammen: Reichskanzler Dr. Luther, Außenminister Dr. Stresemann, Innenminister Schiele, Wirtschaftsminister Dr. Neuhaus, Arbeitsminister Dr. Brauns, Justizminister Dr. Frenken, Reichswehrminister Dr. Gessler, Landwirtschaftsminister Graf Kanitz, Finanzminister Dr. v. Schlieben, Postminister Stingl, Verkehrsminister Dr. Krohne. Die Demokraten waren, da Dr. Gessler zuvor aus der Fraktion ausgetreten war, in dem Kabinett nicht vertreten. In seiner Regierungserklärung betonte der Reichskanzler, daß es die Aufgabe der neuen Regierung sein werde, auf dem vom Kabinett Marx befolgten Weg zur Gesundung weiter dem klaren Ziel des deutschen Wiederaufbaues zuzuschreiten. Sie werde dabei im Reichstag die Zusammenarbeit mit allen Parteien suchen, die in staatsbejahender Gesinnung praktische Mitarbeit leisten wollen, damit die bevorstehenden schweren Entscheidungen auf möglichst breiter Grundlage bewirkt werden. Die rechtliche Grundlage für die Arbeit der Regierung sei die Weimarer Verfassung. Außenpolitisch wolle die Regierung der Herbeiführung eines wirklichen und dauerhaften Friedens dienen, wobei die Londoner Abmachungen loyal durchgeführt werden sollen. Mit 246 gegen 160 Stimmen bei 39 Stimmenthaltungen wurde die Erklärung gebilligt.

Unsere Hoffnung, daß die im Friedensvertrag vorgesehene Räumung der nördlichen Zone des besetzten Gebiets, der sog. Aßluer Zone, am 10. Januar 1925 vollzogen würde, erfüllte sich nicht. In den letzten

Lagen des vorausgehenden Jahres beschloß die Votischerkonferenz in Paris auf französische Anstiftung hin, daß die Kölner Zone vorerst nicht geräumt werden soll, da Deutschland seine Verpflichtungen hauptsächlich in bezug auf die Entwaffnung nicht getreulich erfüllt habe. Die Mitteilung der durch die Interalliierte Kontrollkommission festgestellten deutschen Verfehlungen ließ indessen noch fast ein halbes Jahr auf sich warten, so sehr die deutsche Regierung auch drängte. Mähsam suchte man in diesem „Dokument der Kleinlichkeit“, wie es die Presse nannte, auf Grund von 1800 Kontrollbesuchen nichts sagende Verfehlungen zusammen, um damit die Nichträumung der Kölner Zone zu rechtfertigen. Der wahre Grund war natürlich der, daß die Alliierten die Kölner Zone nicht räumen zu können glaubten, solange ihre Truppen noch im Ruhrgebiet standen. Die deutsche Regierung war sich von Anfang an klar darüber, daß man sofort zur Ausführung der verlangten Kleinigkeiten schreiten müsse, um den Alliierten den letzten Vorwand für die Besetzung der nördlichen Rheinlandzone zu nehmen. Durch Verhandlungen hoffte man ein übriges tun zu können. Vorher schon hatte der Außenminister Dr. Stresemann den Franzosen ein Sicherungsangebot gemacht, in welchem Deutschland freiwillig auf die uns im Westen abgenommenen Gebiete verzichtet und dort den gegenwärtigen Grenzstand anerkennt. Dr. Stresemann ging dabei von dem Gedanken aus, eine bessere Atmosphäre zwischen Deutschland und Frankreich zu schaffen, als sie durch den Vertrag von Versailles erzeugt worden war, und wollte den Vorwänden der französischen Nationalisten, die ihre Truppen am liebsten ewig am Rhein stehen sehen möchten, den Boden entziehen. Der französische Außenminister sprach zwar in seiner Antwortnote von einem deutschen „Beweis friedlicher Bestrebungen“, betonte aber auch gleichzeitig, wohl im Hinblick auf Polen, daß der Sicherheitspakt keine Änderung des Versailler Vertrags in sich schließen dürfe.

Der laute Lärm der Politik verstummte für kurze Zeit, als am 28. Februar 1925 der Draht die Kunde von dem Ableben des ersten deutschen Reichspräsidenten, Friedrich Ebert, in die Welt hinaustrug. Eine im Gefolge einer Operation auftretende Bauchfellentzündung machte dem Leben des ersten Staatsbeamten ein Ende. In einer Kundgebung der Reichsregierung an das deutsche Volk hieß es, daß mit Friedrich Ebert ein Mann dahingegangen sei, der unter Einsatz seiner starken Persönlichkeit erreichte, daß in den Wirren der Revolution die Einberufung der Nationalversammlung aus freier Wahl des deutschen Volkes beschlossen und durchgeführt und damit dem deutschen Staatsleben wieder eine gesetliche Grundlage gegeben wurde. Er habe sein hohes Amt mit vorbildlicher Gewissenhaftigkeit und staatsmännischer Klugheit verwaltet und sich dabei im Inland und im Ausland großes Ansehen erworben. Er habe dem deutschen Volk und dem deutschen Vaterland in schwerster Zeit als ein aufrechter Mann gedient. Im Weisheit der gesamten Reichsregierung, des diplomatischen Korps, der Staats- und Ministerpräsidenten, sowie zahlreicher sonstiger offizieller Persönlichkeiten fand in Berlin eine Trauerfeier statt, bei der Reichskanzler Dr. Luther

die Trauerrede hielt und die großen Verdienste des Verstorbenen um Volk und Vaterland mit Worten hoher Anerkennung würdigte. Durch Hunderttausende von Menschen hindurch bahnte sich dann der Leichenwagen am Reichstag vorbei den Weg zum Potsdamer Bahnhof, von wo aus ein Sonderzug die Leiche des Reichspräsidenten mit den Angehörigen nach Heidelberg brachte. Dort fand am 5. März in Anwesenheit der badischen Regierung die Beerdigung statt. Staatspräsident Dr. Hellsbach widmete dem Verstorbenen den letzten Nachruf.

Bis zur Einsetzung des neuen Reichspräsidenten, dessen Wahl auf den 29. März angesetzt wurde, ernannte der Reichstag durch ein Gesetz den Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons zum Stellvertreter des Reichspräsidenten. Der Versuch, bei der Präsidentenwahl die Stimmen aller bürgerlichen Parteien auf einen gemeinsamen Kandidaten zu vereinigen scheiterte daran, daß keine allen Parteien zusagende Persönlichkeit gefunden werden konnte. So kam es, daß im ersten Wahlgang sieben Kandidaten einander gegenüberstanden. Sie erhielten bei schlechter Wahlbeteiligung folgende Stimmenzahlen: Braun (Soz.) 7798346, Held (DVP.) 1006790, Hellsbach (Dem.) 1567197, Ludendorff (Dölk.) 284975, Jarres (Reichsblock) 10408365, Marr (Zentr.) 3884877, Thälmann (Komm.) 1871207. Da kein Kandidat die Hälfte aller Stimmen auf sich vereinigen konnte, mußte am 26. April ein zweiter Wahlgang stattfinden. Die Weimarer Parteien einigten sich für diese Wahl auf den ehemaligen Reichskanzler Marr und schlossen sich zum sog. Volksblock zusammen, während es dem Reichsblock gelang, den Generalfeldmarschall v. Hindenburg nach anfänglichem Widerstreben als Kandidaten zu gewinnen. Die Kommunisten blieben bei Thälmann. Das Ergebnis des harten Wahlkampfes war die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten, der 14,6 Millionen Stimmen auf sich vereinigte. Marr brachte es auf 13,7 Millionen, Thälmann auf 1,9 Millionen Stimmen. Der Generalfeldmarschall nahm die auf ihn entfallene Wahl an und hielt bald darauf unter brausenden Hoch- und Hurrarufen einer vieltausendköpfigen Menge seinen Einzug in Berlin, wo er am 12. Mai vor dem versammelten Reichstag den Eid auf die Weimarer Verfassung ablegte. Dabei gab er das Versprechen, auf der Grundlage der republikanischen Verfassung sich der Sammlung und Einigung des Volkes zu widmen.

Neben diesen hauptsächlichsten politischen Ereignissen des Berichtsjahres wäre auch noch kurz an verschiedene wichtige gesetzgeberische Entscheidungen zu erinnern, die das Interesse des ganzen Volkes in Anspruch nahmen und zu schweren Kämpfen im Reichstag führten. Die Neuregelung der Aufwertungsfrage, die Verabschiedung der Steuergesetze, der kleinen Zolllastvorlage, der Handelsverträge u. a. m. brachten jeweils schwere innere Kämpfe mit sich, und der Reichstag bot bei seinen Beratungen mitunter Szenen, mit deren Registrierung seinem Ansehen nicht gedient wäre.

Im Rahmen dieser kleinen Jahresrückschau bleibt auch noch die traurige Pflicht, jene größeren Unglücksfälle zu verzeichnen, an denen die Berichtsperiode leider so reich war. Am 9. September des

Jahres 1924 ging im badischen Mittelland ein schweres Unwetter über die Bezirke Offenburg und Lahr. Ein orkanartiger Sturm richtete ungeheuren Schaden an, von dem hauptsächlich die Orte Rippensheim, Sulz, Grafenhausen, Reichenbach, Fußbach, Nordrach, Dirschweiler, Mählberg, Langenhardt, Gerreit, Oberschoffsheim, Diersburg und deren Umgebung betroffen wurden. Tausende von Bäumen wurden herausgerissen, geknickt und zerstückelt und bezeichnet am Boden den Weg, den das verheerende Element genommen. In manchen Dörfern sah es geradezu trostlos aus. Häuser wurden abgedeckt, Giebelwände umgeworfen, zahlreiche Personen kamen zu Schaden. Einzelne Dörfer standen da, als ob sie unter Artilleriefeuer gelegen hätten. Der Wald war stellenweise wie gemäht. Tausende von Festmetern Holz wurden vom Sturm zerstreut. Die angerichteten Schäden waren von geradezu verheerendem Ausmaß, ganze Strecken blühenden Landes verwüstet, und was ein miserabler Sommer an der Ernte nicht zu verderben vermocht hatte, war dem Orkan zum Opfer gefallen.

An Eisenbahnunfällen ist zunächst das Unglück auf der Regiebahn zwischen dem Mainzer Haupt- und Südbahnhof zu nennen, wo durch die Schuld eines französischen Bahnbeamten am 11. Oktober 1924 ein Personenzug auf einen im Tunnel haltenden Schnellzug auffuhr und große Verwüstungen anrichtete. Eine Reihe von Reisenden wurde getötet und zahlreiche verletzt. Das Unglück hatte nur das eine gute, daß die Übergabe der französisch-belgischen Regiebahnen an die deutsche Verwaltung daraufhin beschleunigt wurde. — Schon einige Monate später verbreitete sich die Kunde von einem neuen Eisenbahnunglück. Im Westfälischen stieß bei dichtem Nebel ein Schnellzug auf einen im Bahnhof Herne stehenden Personenzug, wobei drei Wagen des letzteren vollständig zertrümmert wurden. 22 Reisende fanden den Tod und 61 wurden verletzt, davon etwa ein Drittel schwer. — Am 11. Februar 1925 passierte auf der Zeche „Minister Stein“ bei Dortmund eine furchtbare Grubenkatastrophe. Durch eine Schlagwetterexplosion fanden 135 Bergleute den Tod. Die Bergungsarbeiten gestalteten sich außerordentlich schwierig, da die meisten Strecken durch Brühe gesperrt waren. Von der ganzen Besatzung kamen nur 8 Mann mit dem Leben davon. Eine für die Hinterbliebenen eingeleitete Hilfsaktion brachte über eine Million Mark zusammen. — Ein ähnlich schweres Grubenunglück ereignete sich in den Märztagen auf der Zeche Remaur im Saargebiet. Dort riß das Seil eines Förderkorbes, der mit 80 Mann besetzt war und 700 Meter tief in den Schacht hinabstürzte. Von den Insassen wurden 45 tot und 32 schwer verletzt geborgen. — In den gleichen Tagen wurde das Ruhrgebiet wieder von einem Unglück heimgesucht. Auf der Zeche „Matthias Stinnes“ verunglückte ebenfalls ein Förderkorb und sauste 470 Meter tief hinab. Zehn Bergleute mußten dabei ihr Leben lassen, während 46 mit Verletzungen davonkamen.

Ende März geschah auch ein großes Unglück bei Detmold, wo anlässlich einer Reichswehrübung mittels Fähren ein Truppenübergang über die Weser stattfand. Dabei kippte eine mit über 100 Infanteristen besetzte Fähre und von den Feldmarschmächtig

bepackten Soldaten fanden die meisten den Tod in den Wellen. Daß die Opfer unter großen Feierlichkeiten bestattet wurden, ist ein schwacher Trost für die Hinterbliebenen. — Im Mai des gleichen Jahres war unsere badische Heimat der Schauplatz eines schweren Unglücks, als ein auf einem Lastauto mit Anhänger beförderter Gesangverein von Malsch (Amt Wiesloch) auf der Rückfahrt von einem Sängerfest beim Überqueren des Bahngeländes vom Schnellzug erfaßt wurde. Dabei ging der Anhänger vollständig in Trümmer. Elf der Insassen wurden getötet und vier schwer verletzt. Das Unglück war auf die Fahrlässigkeit des Schrankenwärters zurückzuführen. — Kaum waren diese Toten bestattet, da kam die Kunde von einem neuen Grubenunglück im Ruhrgebiet. Auf der Zechenanlage Dorfsfeld bei Dortmund explodierte ein Sprengstoffmagazin und die Explosion griff auf ein 1000 Meter entfernt liegendes Revier über. 43 tote Bergleute und 26 zum Teil Schwerverletzte sind ein Opfer ihres Berufes geworden. — Damit wäre die traurige Chronik der größeren Unglücksfälle innerhalb eines Jahres abgeschlossen.

Bliebe noch eines freudigen Ereignisses Erwähnung zu tun, der siegreichen Überfahrt des Zeppelin-Luftschiffes ZR III nach Amerika. Der technische Riesenerfolg dieser Amerikafahrt unter dem Kommandanten Dr. Eckener brachte uns auch einen moralischen Gewinn, der in der überschwenglichen Begeisterung ganz Amerikas beim Empfang der Luftschiffbesatzung seinen deutlichen Ausdruck fand. — Bei dieser Gelegenheit sei auch noch eines zweiten kühnen Fluges gedacht, der Nordpolfahrt des norwegischen Polarforschers Roald Amundsen, der Ende Mai 1925 mit fünf Begleitern in zwei deutschen Flugzeugen die Luftreise ins unerforschte Nordpolgebiet antrat und bis auf etwa 250 Kilometer an den Nordpol herankam. Bei der Landung froren die beiden Flugzeuge ein, und nur mit Mühe und unter Hinterlassung des einen Flugzeuges und des größten Teils des Gepäcks gelang es nach drei Wochen, zum Rückweg in die Heimat wieder loszukommen. In Amundsens Begleitung befand sich auch ein deutscher Mechaniker namens Feucht. Der unbefriedigende Ausgang dieser Flugzeugexpedition ließ bei Dr. Eckener den Plan reifen, den Nordpol mit dem Luftschiff zu erobern.

Zum Schluß seien noch kurz die wichtigsten Begebenheiten in verschiedenen anderen Ländern gestreift. Da ist vor allem das benachbarte Frankreich, mit dem wir am meisten zu tun haben. Es hat im vergangenen Jahr auch sehr bewegte Zeiten mitgemacht, und die innerpolitischen Kämpfe haben zweimal zum Sturz der Regierung geführt. So folgte auf das Kabinett Millerand ein Kabinett Herriot, und dieses wurde im Sommer 1925 abgelöst durch ein Kabinett Painlevé. Dazu kam noch die Verwicklung in den marokkanischen Krieg, dessen Ende vorläufig nicht abzusehen ist. — Spanien hat in Marokko gegen Abd el Krim eine Schlappe nach der anderen erlitten. Es mußte sich immer mehr zurückziehen und den Eingeborenen weite Strecken seines Schutzgebietes überlassen. Schließlich kam es auf der Madrider Konferenz mit den Franzosen überein,

den Kampf zwar auf getrennten Fronten, aber in gegenseitigem Einverständnis zu führen und nur gemeinsam Frieden zu schließen. Der General Primo de Rivera, der sich vor zwei Jahren durch einen Staatsstreich an die Spitze der Regierung setzte, ist immer noch am Ruder, obwohl er seinerzeit nur Ordnung schaffen und in einigen Monaten das Feld wieder den Politikern überlassen wollte.

Unsere deutschen Brüder in Österreich haben im letzten Jahr eine schwere Finanzkrise durchgemacht. Dazu kam ein langwieriger Konflikt mit der Beamten-schaft, der wegen Gehaltsdifferenzen schließlich zu einem Eisenbahnerstreik führte und, da die Regierung die Forderungen nicht bewilligen wollte oder konnte, zum Rücktritt des Kabinetts Dr. Seipel. Der Bundeskanzler wurde zwar wieder mit der Kabinettsbildung beauftragt, aber Unstimmigkeiten innerhalb seiner Partei veranlaßten ihn, das Kanzleramt seinem Parteifreund Dr. Ramek zu überlassen, der daraufhin ein Ministerium bildete. Im letzten Frühjahr gingen unsere Nachbarn auch daran, ihre Währung umzustellen, indem sie die bereits vorher geschaffene neue Schillingrechnung allgemein einführten, wobei ein Schilling dem Wert von 10000 Papierkronen gleichkam. Die Anschlußbestrebungen haben zwar in Österreich zahlreiche eifrige Verfechter, aber noch einflußreichere Gegner, und so ist es nicht zu verwundern, wenn es in dieser Frage in letzter Zeit etwas stiller geworden ist. Die Vereinigung beider Länder in einem Großdeutschland wird nach wie vor das Bestreben aller guten Deutschen sein.

Als gefährlichsten Gegner Deutschlands kann man wohl, ohne den Franzosen weh zu tun, Polen ansprechen, das seiner Freiheit uns gegenüber durch die Ausweisung Lausender von deutschen Staatsangehörigen am 1. August 1925 die Krone aufsetzte.

Italien hat im verflossenen Jahr manche Erschütterung durchmachen müssen. Die Ermordung des sozialistischen Abgeordneten Matteotti brachte die italienische Volkseele ins Kochen, aber dank des Ansehens seiner Schwarzhemdgarde gelang es Mussolini, das Staatsschiff fest in der Hand zu behalten. — England hatte im Herbst 1924 Neuwahlen zum Unterhaus. Das Wahlergebnis brachte einen gewaltigen Sieg der Konservativen, die von 615 Sitzen allein 407 eroberten, also weitaus die absolute Mehrheit. Die Liberalen verloren 113 Sitze, die Arbeiterpartei 41. Macdonald trat daraufhin mit seinem Kabinett zurück und überließ das Feld dem Führer der Konservativen Baldwin, der eine rein konservative Regierung bildete. Im November des gleichen Jahres hatte England einen schweren diplomatischen Konflikt mit Ägypten wegen der Ermordung des englischen Truppenkommandeurs im Sudan. Ägypten mußte 10 Millionen Goldmark Entschädigung zahlen.

Auf dem Balkan hat es wieder schwer rumort. Zunächst hat Albanien um die Jahreswende mit einem Aufstand von sich reden gemacht. Der bei dem letzten Umsturz geflüchtete frühere Ministerpräsident Ahmed Zogu kam über Serbien wieder in das Land und eroberte es mit seinen Anhängern und serbischen Waffen. Die Regierung Jan Noli flüchtete auf einem Segler nach Italien. — Auch Bulgarien bleibt ein alter Herzkessel. Das wirtschaftlich durch den Friedensvertrag geschwächte Land

hatte unter kommunistischen Wühlereien schwer zu leiden. Im letzten April brachten Kommunisten nach zahlreichen anderen Anschlägen während einer Lotenfeier in der Hauptkuppel der Kathedrale in Sofia eine Bombe zur Explosion, welche die mit etwa 2000 Menschen gefüllte Kirche in einen Trümmerhaufen verwandelte und etwa 200 tote unter sich begrub. Über 1000 Menschen wurden verletzt. Um die Umsturzversuche der Kommunisten zu vereiteln, wurde der Belagerungszustand verhängt, und Standgerichte brachten zwar Hunderte von verdächtigen Kommunisten ums Leben, aber noch lange keine Ruhe ins Land.

An weiteren nennenswerten Aufständen in fremden Ländern wären zu erwähnen die kommunistischen Unruhen in Estland im Winter 1924, wo russische Sendlinge einen Tag lang die Herren der Hauptstadt Reval spielten, dann der Aufstand der Kurden in der Türkei, der nach beachtenswerten Anfangserfolgen wieder zurückgedämmt wurde, ferner ein mißglückter Aufstand in Mexiko, wo sich 7000 Aufständische mit dem Resultat der Präsidentenwahl unzufrieden zeigten, und schließlich ein überaus blutiger Aufstand in Brasilien, der auch zahlreiche stellenlosen und verführten deutschen Einwanderern das Leben kostete. Es wäre noch mit einigen Worten des heldenmütigen Freiheitskampfes der Chinesen zu gedenken, die den Engländern und Japanern um der Unabhängigkeit ihres Landes willen die Stirn bieten. Nur bei der inneren Zerrissenheit dieses größten aller Völker war es bisher den Großmächten möglich, ihre alten Sonderrechte in China aufrechtzuerhalten. Doch dürften auch diese bald der Vergangenheit angehören. Das Alte sätzt!

Damit sind wir am Ende unserer Rundschau angelangt, die uns die Ereignisse des bewegten Jahres noch einmal im Gedächtnis aufleben ließ. Wir haben in groben Linien manches wiedergesehen, was im Alltagsrudel unserer Aufmerksamkeit entgangen ist oder in seiner ganzen Bedeutung nicht erkannt wurde. Wir haben aber auch gesehen, daß die ganze Welt von Unruhen erfüllt ist, daß es noch oder wieder an allen Enden rumort, wo doch über den Schlachtfeldern des Weltkrieges erst einmal Gras wachsen sollte. Das sind bange Aussichten für die Zukunft, und wir sehnen uns doch alle nach besseren Tagen, da jeder wieder in Ruhe seiner friedlichen Arbeit nachgehen kann. Uns Deutsche hat allerdings das vergangene Jahr einen guten Schritt vorwärtsgebracht, und wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben, daß diese Entwicklung zum Besseren auch im neuen Jahr anhalten wird. Nichts wäre dem Kalenderonkel lieber, als im nächsten Kalender recht ausgiebig darüber berichten zu können. Auch der deutsche Frühling muß einmal wieder kommen! erte

